

Krankengespräche beenden!

Am 1. Februar wird im Betriebsrat über die Krankenrückkehrgespräche beraten. Ein Antrag von Mustafa Efe fordert die sofortige Beendigung der bisherigen Praxis von Einschüchterungen und Druck. Fragt bei den Betriebsräten nach, ob sie diesem Antrag zustimmen werden.

Die bisherige Praxis im Berliner Mercedes-Benz-Werk:

✎ Kollegen, die zu solchen Gesprächen gerufen wurden, berichten von **Druck, Angst und Drohungen**.

✎ Kollegen haben das Gefühl, sich für ihre Krankheit rechtfertigen zu müssen: Warum sind sie krank? Als wäre es ihre Schuld. Was haben sie? **Das müssen sie dem Arbeitgeber nicht mitteilen.**

✎ Die Kollegen werden unter Generalverdacht gestellt, „blau zu machen“.

✎ Es wurden Fragen gestellt, die teilweise in die vom Grundgesetz geschützte Menschenwürde und das Persönlichkeitsrecht eingreifen. **Unzulässig sind alle Fragen die auf persönlichen Bereich abzielen.**

✎ Die Gespräche finden oft ohne Betriebsrat statt.

Es ist das Recht jedes Kollegen, einen Betriebsrat seines Vertrauens zu diesen Gesprächen hinzuziehen.

✎ Betriebsräte die an den

Gesprächen teilgenommen haben, machten wiederholt die Erfahrung, dass in den Gesprächen massiver Druck auf die Kollegen ausgeübt wird, teilweise auch auf den Betriebsrat.

✎ Die Gespräche werden zum Teil auf persönlicher Ebene geführt, statt sich mit den Arbeitsbedingungen zu befassen.

Antrag zur Betriebsratssitzung am Fr, 1.2.08:

„Der Betriebsrat des Mercedes-Benz-Werks Berlin (Daimler Marienfelde) lehnt formalisierte Krankenrückkehrgespräche ab. Er entzieht hiermit dem Vorgehen gemäß des Leitfadens „Anwesenheits- und Gesprächscontrolling“ jegliche Unterstützung. Eine Fortsetzung der bisherigen Praxis der Krankenrückkehrgespräche ohne Einwilligung des Betriebsrats ist nach §87 (1) 1 des Betriebsverfassungsgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG, Beschluß vom 8.11.1994 - 1 ABR 22/94) unzulässig.“

Es folgt die Begründung.

✎ In Folge der Krankengespräche gehen Kollegen unter Druck und aus Furcht vor angedrohten Maßnahmen krank zur Arbeit.



Das führt dazu, dass Krankheiten verschleppt werden, das heißt länger dauern. Und es führt zu chronischen Erkrankungen.

Ziel des Betriebsrats und der Gewerkschaft IG Metall muss es nach Meinung der Alternative sein, stattdessen die Arbeitsbedingungen im Werk unter die Lupe zu nehmen und um Verbesserungen zu streiten.

Der Betriebsrat hat nach Betriebsverfassungsgesetz die Möglichkeit, solche Gespräche zu unterbinden. Er muss dies angesichts der vorliegenden Erfahrungen schnellstens tun und den Antrag von Mustafa Efe am 1. Februar annehmen.

Die Alternative wird in ihrer nächsten Ausgabe davon berichten.